

Das PPP-Projekt im PDG

Das PPP-Projekt für Schulneubauten und Schulrenovierungen in Eupen soll am 4.12.2008 im PDG, zusammen mit dem Haushalt 2009, abgesehen werden. Dieses Projekt über eine Summe von 103 Millionen Euro beinhaltet, dass die DG während 25 Jahren sehr hohe Mietkosten an die privaten Geldgeber zahlen muss.

Wir bezweifeln keineswegs den Bedarf für die geplanten Investitionen. Aber das Parlament sollte seine Entscheidung, nach unserer Auffassung, nicht überstürzt treffen. Folgende Zusammenhänge sollten bedacht werden.

Es ist kein Geheimnis, dass Belgien und alle Länder der Euro-Zone in einer äußerst unsicheren Währungssituation stecken. Bedingt durch die Schulden Spirale sagen viele Experten einen Zusammenbruch des Dollar und eine Abwertung des Euro innerhalb der nächsten 6 bis 24 Monate voraus. Im Zusammenwirken mit den Folgen der aktuellen Bankenkrise würden dann die Kaufkraft der Bevölkerung und die finanziellen Spielräume der Staaten drastisch sinken. Deshalb besteht die Chance auf eine echte Währungsreform, auf eine Rückbesinnung der Staaten auf ihre Geldhoheit. Dann stünden den Staaten die Geldmittel für die Aufgaben des Allgemeinwohls, insbesondere für das Unterrichtswesen, zinsfrei zur Verfügung.

Um in einer solchen Konstellation dann aus dem teuren PPP-Vertrag aussteigen zu können, muss die Regierung eine entsprechende Klausel im Vertragstext aushandeln!

Dem Parlament stellt sich also die Frage, ob es verantwortlich ist, der Regierung für dieses große Projekt einen Blankoscheck im Eilverfahren auszustellen, oder ob die Entscheidung im Parlament erst dann getroffen werden sollte, wenn die Regierung sich auf einen privaten Anbieter festgelegt hat, und wenn der detaillierte Vertragstext vorliegt.

Joseph Meyer, St. Vith

VIVANT- Fraktion im PDG